

Kabinett beschließt Heimgesetz

(rb) Hannover. Das Kabinett will am Dienstag eine Vorlage des Sozialministeriums für ein Niedersächsisches Heimgesetz beschließen und per sofortiger Ausschussüberweisung in den Landtag einbringen. Hintergrund ist die nach der Föderalismusreform im Jahr 2006 verlagerte Rechtsetzungskompetenz für das Heimrecht vom Bund auf die Länder. Die Verbandsanhörung ist bereits erfolgt. Wie es heißt, habe sich das Bundesheimgesetz von 2001 zwar überwiegend bewährt, dennoch sei in verschiedenen Bereichen inzwischen Änderungsbedarf eingetreten. Als wesentliche Eckpunkte der Heimrechtsreform werden genannt: die Nutzung von Entbürokratisierungspotenzialen, die Begrenzung von Anzeigepflichten der Heimträger und die Prüfung von neuen Wohn- und Betreuungskonzepten. Die Ausrichtung im Bundesheimgesetz auf die besondere Schutzbedürftigkeit älterer, pflegebedürftiger und behinderter Menschen in den klassischen stationären Einrichtungen entspricht nach Meinung der Landesregierung nicht mehr den Vorstellungen von dem heutigen Selbstverständnis älterer und behinderter Menschen sowie deren eigenen Vorstellungen von einem selbstbestimmten Leben auch im Alter und bei Pflegebedürftigkeit. Ziel des Gesetzentwurfs aus dem Sozialministerium ist es u.a., Rechtssicherheit hinsichtlich des Anwendungsbereichs zu schaffen, an der es nach dem Bundesrecht bei der Abgrenzung von ambulant betreuten Wohnformen zu stationären Einrichtungen gefehlt habe. „Bewohnerinnen und Bewohner von stationären Einrichtungen und nicht selbstbestimmten ambulant betreuten Wohngemeinschaften soll der Schutz gewährt werden, dessen sie aufgrund ihres Abhängigkeitsverhältnisses gegenüber Dritten bedürfen“, heißt es. Die Qualität der Pflege und der Betreuung soll gesteigert werden, und die Träger sollen von vermeidbarem bürokratischen Aufwand zugunsten der Pflege entlastet werden. Die Möglichkeit, neue Wohn- und Betreuungsformen zu erproben, wird erweitert, so dass künftig innovative Wege einfacher beschritten werden können. Mehrkosten für das Land und die Kommunen entstehen nach Meinung der Landesregierung durch die Neufassung des Heimrechts nicht. Den zuständigen Behörden würden keine neuen Aufgaben übertragen; sie profitierten vielmehr von der Deregulierung. Die Tages- und Nachtpflegeeinrichtungen sowie die Hospize seien von dem Gesetz nicht erfasst, die Anzeigepflichten würden auf das erforderliche Maß reduziert und die Berichtspflichten der Behörden abgeschafft.

Sonderpädagogische Förderung wird ausgeweitet

(rb) Hannover. Kultusminister Dr. Bernd Althusmann will die UN-Konvention für den gemeinsamen Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Kindern ernstnehmen und hat noch für dieses Jahr eine Änderung des Schulgesetzes angekündigt, um den Umsetzungsprozess gemeinsam mit den Schulträgern in Gang zu setzen. Bereits zum kommenden Schuljahr soll die sonderpädagogische Förderung in den Schulen weiter ausgebaut werden. Schwerpunkt soll der Grundschulbereich bleiben. Geplant sind nach Angaben des Ministers rund 1200 zusätzliche Lehrerstunden. An 74 Grundschulen werde eine sonderpädagogische Grundversorgung eingeführt, weitere 77 könnten ihr bereits bestehendes Angebot erweitern. Zudem sollen die „Mobilen Dienste“ an 16 Standorten gestärkt werden, mit denen SchülerInnen mit Förderbedarf sowie ihre Lehrkräfte in allen Schulen gezielt unterstützt werden sollen. Althusmann verwies darauf, dass die Umsetzung der UN-Konvention Sache von Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam sei. Für die Änderungen des Schulgesetzes würden die Erfahrungen der zuständigen Arbeits-